

**LEITARTIKEL** Die CDU und ihre Abgrenzung nach rechts

## Spechte an der ostdeutschen Brandmauer

Im Osten sind wieder die Mauerspechte aktiv, diesmal an der Brandmauer nach rechts. Noch gilt der bundesweite Grundsatzbeschluss der CDU: Keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD. Aber er bröckelt. Der Skandal um die gemeinsame Wahl eines FDP-Ministerpräsidenten mit der AfD in Thüringen vor eineinhalb Jahren ist nicht wirklich ausgestanden. Am Wochenende bestimmte die CDU-„Werteunion“ den der Zusammenarbeit mit der AfD nicht abgeneigten Max Otte zum neuen Vorsitzenden, und in Sachsen-Anhalt, wo nächsten Sonntag gewählt wird, tobt eine heftige innerparteiliche Debatte um den Kurs. Dort ist die AfD in den Umfragen wieder bedrohlich nahe an die Union herangerückt; man spürt in Berlin förmlich die Angst, dass sich der Tabubruch von Erfurt in Magdeburg wiederholen könnte.

Allerdings sind die Christdemokraten im Osten in einer schwierigen Lage. Denn die von den Berliner Parteiobersten in sicherer Entfernung verfügte Abgrenzung zur AfD verlangt ihnen vor Ort ab, stattdessen mit linken Parteien zu koalieren, in Sachsen-Anhalt mit SPD und Grünen. In Thüringen müssen sie deshalb sogar einen Ministerpräsidenten der verhassten Linkspartei tolerieren. Das empfinden viele Parteimitglieder und -funktionäre als Zumutung.

Zumal sie politisch-kulturell dem AfD-Milieu deutlich näher stehen. Der (ostdeutsche) Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, nennt es „diktatorsozialisiert“ und bekommt dafür viel Prügel von seinen Parteifreunden. In der Tat kann der Begriff 31 Jahre nach dem Ende der DDR nicht mehr viel erklären. Bedeutender ist inzwischen, dass das, was der Westen außer freien Wahlen und D-Mark noch so mit sich

gebracht hat, vielen Bürgern fremd geblieben ist. Ob Klima- und Naturschutz, das Gendern, Frauenquoten oder das Zusammenleben mit Ausländern – was in den alten Bundesländern von (linken) Basisbewegungen erarbeitet wurde, kommt in den neuen bei vielen eher als Besatzerkultur an. Ländliche Räume, die abgehängt sind als anderswo, und halbrote Wirtschaftsregionen, die wenig Perspektiven haben, sind für Toleranz eben kein guter Nährboden.

Vor diesem Hintergrund ist es in Ordnung, wenn sich die Ost-Verbände der CDU konservativer aufstellen als der Rest ihrer Partei. Zu diesem Profil gehört dann auch, dass die Thüringer CDU einen wie Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen als Direktbewerber für den Bundestag aufstellt. Die Aufregung darüber ist übertrieben. Vielleicht kann es sogar ein Deal der Berliner Führung mit den Ost-Verbänden sein, ihnen einen eigenständigen Kurs nicht nur zu gestatten, sondern sie sogar dazu zu ermuntern – sofern sie die Brandmauer halten. Denn das muss ebenso klar sein: Die AfD hat sich in den letzten Jahren weiter radikalisiert. Besonders im Osten. Zuletzt haben sich die Rechtspopulisten mit den Corona-Leugnern gemein gemacht. Die CDU kann und muss den Wählern dieser Partei inhaltliche Angebote machen. Aber sie darf der AfD nirgendwo auch nur einen Zipfel der Macht geben.



WERNER KOLHOFF

**GLOSSE**

## Verliebt in Lauterbach

VON PIA ROLFS

Die Pandemie hat Nebenwirkungen, von denen bisher niemand etwas ahnte: Karl Lauterbach wird zum Sex-Symbol.

Verschwörungstheoretiker erkennen bereits einen ausgefeilten Plan. Vermutlich hat sich der Gesundheitsminister nur für harte Lockdowns eingesetzt, damit schöne Frauen einsam zu Hause sitzen. Dann übertragen sie all ihre Sehnsüchte auf den Mann, den sie ständig im Fernsehen sehen. Er könnte ja schließlich der letzte sein.

Diese Mischung aus Ro-

binson-Freitag-Beziehung, erotischem Notstand und Stockholm-Syndrom klingt unschlagbar. Aber was sagt der SPD-Politiker nun? Er gehe auf die Liebesbriefe nicht ein. Ach, der harte Hund. Vermutlich spielt er nur den Unnahbaren, um das Begehren noch zu steigern. Mehrere SPD-Politiker sind schon neidisch auf sein spezielles Aphrodisiakum, die sozialdemokratische Fliege.

Bevor sich aber Lauterbach-Attraktivitätsleugner zu Wort melden: Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass jede Frau in Deutschland mit dem Politiker schon drei Höhepunkte erlebt hat. Nämlich die der drei Corona-Wellen.



KARIKATUR: HARM BENGEN

**ANALYSE** Erst der Brexit, dann die Eidgenossen, die der Europäischen Union die kalte Schulter zeigen. Wieso stößt das europäische Projekt auf Ablehnung?

## Schweizer Abweisung ist neue Ohrfeige für die EU

VON VERENA SCHMITT-ROSCHMANN UND CHRISTIANE OELRICH

**GENÈ/BRÜSSEL** (dpa) Aus London kommt Beifall. Völlig richtig, dass die Schweiz dem Druck der „Eurokraten“ widerstanden und vergangene Woche das EU-Rahmenabkommen abgelehnt habe, schrieb der Brexit-freundliche Telegraph. Zwar ist das Nein aus Bern an Brüssel mit dem britischen EU-Austritt nicht vergleichbar, denn die Schweiz war ja nie EU-Mitglied. Aber beide Länder gehen deutlich auf Distanz zur EU. Und das, obwohl das auf den ersten Blick ihren wirtschaftlichen Interessen widerspricht.

Ist das mehr als ein Kratzer am Image der EU, verliert sie an Attraktivität? „Offensichtlich läuft hier wieder eine Debatte. Souveränität gegen Wirtschaft“, ähnlich wie beim Brexit“, sagt der Schweiz-Experte am European Policy Centre in Brüssel, Georg Emil Rieckes. Mit dem Verhalten der EU habe das wenig zu tun. Das ist auch die offizielle EU-Sicht. Trotzdem ist es eine bittere Pille für Brüssel, dass die Schweiz aktiv Nein sagt zu einer engeren Bindung an die Staatengemeinschaft.

Die wirtschaftlichen Folgen sind das eine. Das Handelsvolumen Großbritanniens mit der EU brach nach Abschluss des Brexits im ersten Quartal 2021 um 23,1 Prozent ein im Vergleich zur gleichen Zeit 2018. Exporteure klagen über Kontrollen, Bürokratie und Kosten. Und auch

die Schweiz macht sich keine Illusionen, dass sie ohne den Vertrag, der eine automatische Rechtsübernahme in der Schweiz bei Anpassungen von EU-Regeln vorsah, Nachteile haben wird.

Die EU hat das in einem fünfseitigen Fact Sheet zusammengetragen: Reibungsverluste im Handel, Probleme bei Lebensmittelimporten, Probleme für den Verkauf Schweizer Medizinprodukte und für den Luftverkehr. Die Mehrzahl der Schweizer Wirtschaftsverbände stand auch hinter dem Vertrag und fürchtet nun höhere Kosten und Hürden bei Geschäften mit der EU. Pikiert ist auch

regiert. Die Schweiz sei mit ihrer direkten Demokratie und den vier Volksabstimmungen im Jahr genau das Gegenteil.

Der EU-skeptische Schweizer Unternehmerverband Autonomiesuisse versteigt sich gar zu der Aussage: „Wir würden wirtschaftlich und politisch mit der EU gleichgeschaltet. Direkte Demokratie und Föderalismus würden ausgehöhlt. Wir wollen, dass die Schweiz als selbstständiges und unabhängiges Land weiter existiert.“

„Bei allem Respekt: Die Welt dreht sich nicht um die Schweiz. Und die 27 EU-Staaten haben ebenfalls berechnete Interessen, die sie verteidigen“, sagte dagegen der Schweiz-Experte im Europaparlament, Andreas Schwab (CDU). Die Eidgenossen geben sich jedoch selbstbewusst: „Die Schweiz möchte mit ihren starken Handelspartnern – EU, USA, China – Verträge auf Augenhöhe abschließen“, so Autonomiesuisse.

Die Schweiz lässt die EU in einem Moment abblitzen, in dem diese sich eigentlich obenauf fühlt: sie hat sich in dem harten Pandemiejahr mehrfach zusammengerauft, nicht nur bei der gemeinsamen Impfstoffbeschaffung, sondern auch mit dem milliardenschweren Corona-Aufbaufonds. „Was den Erfolg des europäischen Projekts betrifft, so glaube ich, dass der klar ist. Das ist für jeden sichtbar. Wir sehen das in unserer Antwort auf die Covid-Krise“, sagte Kommissionssprecher Eric Mamer. Es gebe eine positive Dynamik.

### „Die Welt dreht sich nicht um die Schweiz.“

Andreas Schwab (CDU)  
Schweiz-Experte im Europaparlament

der Verband der Schweizer Universitäten. Die EU will die Schweiz nun von Forschungsprojekten ausschließen. „Internationale Kooperation ist die Voraussetzung für Innovation und Exzellenz“, teilte der Verband mit.

Doch wie Rieckes sagt: Nach Großbritannien pocht auch die Schweiz auf ihre Souveränität. „Das Rahmenabkommen hätte die Schweiz faktisch zu einer Rechtskolonie der Europäischen Union gemacht“, sagt der Publizist und Abgeordnete der rechtskonservativen SVP, Roger Köppel, im Podcast. Er sieht die EU als Gebilde, das von oben nach un-

**PRESSESCHAU**

### Die „Nürnberger Nachrichten“ schreiben zur aktuellen Corona-Lage:

Insgesamt aber ist zu sehen: Die allermeisten gehen nach wie vor vernünftig mit Regeln um. Auch, weil sie sehen, wie diese Schritt für Schritt zurückgenommen werden können - und zwar deshalb, weil so viele so lange Disziplin und Solidarität zeigten. Wir haben also, kleiner Hinweis an die vermeintlichen „Querdenker“, keine Corona-Diktatur, sondern einen funktionierenden, besonnen agierenden Rechtsstaat.

### Das „Darmstädter Echo“ meint zum Homeoffice:

Rückkehr ja, aber vorsichtig und vorläufig. Und gleichzeitig mit Macht an der neuen Welt schrauben. Schnelle Leitungen und flächendeckendes 5G zählen dazu ebenso wie (übrigens auch klimafreundliche) ortsnah Coworking-Einrichtungen für alle, die wohnlich nicht privilegiert sind. Und ohne eine Kultur des Vertrauens in den Einzelnen klappt Homeoffice weder in Unternehmen noch in Behörden.

### Der „Reutlinger General-Anzeiger“ kommentiert die Betrügereien bei Corona-Tests:

Der Kassenärztlichen Vereinigung sind die Hände gebunden. Sie bekommt nur die monatlichen Meldungen der entstandenen Kosten bei den Testanbietern zu Gesicht. Damit lässt sich letztlich nicht viel anfangen, weil die Angaben aus Datenschutzgründen nicht mit Personen in Zusammenhang gebracht werden können. Nun wird wieder auf Jens Spahn eingeschlagen, der zwar vieles zu verantworten hat, der für die Schnelltests aber nicht alleine verantwortlich gemacht werden kann. Der Bund hatte zwar beschlossen, dass Schnelltest-Anbieter keine speziellen Genehmigungen benötigen, doch Länder und Kommunen tragen Mitverantwortung bei der Kontrolle solcher Schnelltester.

**KORREKTUR**

In dem SZ-Artikel „Ein Wegweiser durch den Corona-Dschungel“ vom 29./30. Mai haben wir geschrieben, dass zum Singen und Musizieren im Freien ein negativer Corona-Test der Teilnehmer erforderlich ist und die Zahl der Teilnehmer auf zehn begrenzt ist. Das ist so jedoch nicht richtig. Die aktuelle saarländische Rechtsverordnung sieht für Chorproben beziehungsweise die Nutzung von Musikinstrumenten im Probebetrieb durch „darauf ausgeordnete Einrichtungen“ (zum Beispiel Musikschulen oder -vereine) im Außenbereich weder eine maximale Teilnehmerzahl noch eine Testpflicht vor. Gesangs- und Musikveranstaltungen sind jedoch weiterhin untersagt.

**Produktion dieser Seite:**  
Martin Wittenmeier, Michaela Heinze  
Oliver Schwambach

**LESERBRIEFE**

### Das könnte man auch anders sehen

„Wie zwingend ist der Pik in den Kinderarm“, SZ vom 27. Mai

Drostens Meinung, man solle Kinder impfen, um die Herdenimmunität zu verbessern, hinterfrage ich heftig: Er stützt sich darauf, dass im November/Dezember in England eine vierfache Infektionsrate bei Kindern herrschte und sie jetzt nur unwesentlich an Corona erkrankten. Das könnte man auch so sehen: Durch die erhöhte Infektionsrate der Kinder im Herbst 2020 sind diese jetzt immun, vielleicht auf Jahre. Sie haben gelernt, mit Corona umzugehen und werden das wohl häufiger brauchen, ähnlich wie alle mit der Grippe als Kinder immunisiert wurden. Aber es darf wohl nicht sein, was nicht sein soll.

Dr. Norbert Schweig, Saarbrücken

### Katholische Kirche bleibt ignorant

Interview „Habe mit kaltherziger Antwort gerechnet“, SZ v. 27. Mai

Das Interview traf den Nagel auf den Kopf: Seitens der katholischen Kirche wird Opfern, wenn überhaupt, mit kühler, bürokratisch-behördlich anmutender Stimme geantwortet. Ist Empathie für diese Institution, die Nächstenliebe und Barmherzigkeit predigt, endgültig ein Fremdwort? Auf einen Brief, der persönlich adressiert wurde und nicht persönlicher formuliert sein könnte, persönlich antworten? Offensichtlich zu viel verlangt. Das haben einige Oberhäupter dieser Kirche offenbar nicht gelernt. Die Ignoranz gegenüber Opfern steckt wie die Empathielosigkeit tief in der DNA der katholischen Kirche.

Sebastian Schröder, Marpingen

### Unsere Sprache wird unverständlich

Deutsche Sprache, div. SZ-Artikel u. Leserbriefe insbesondere z. Gendern

Wie ein Bazillus machen sich in vielen Medien englische Ausdrücke und gendergerechte Schreibweise immer mehr breit, sodass man nicht umhin kommt festzustellen, dass die deutsche Sprache unter einer Krankheit leidet, die sie für viele unverständlich und schwer lesbar macht. Die ureigenste Aufgabe der Sprache, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, kann damit nicht mehr oder nur noch unzureichend erfüllt werden. Erschreckenderweise machen sich auch Politiker diese Unsitte zu eigen, obwohl gerade sie ein Vorbild für den normgerechten Gebrauch der Sprache sein sollten.

Otmar Martin, Ens Dorf

### Zu viele Politiker sind zu vergesslich

Diverse SZ-Artikel mit Bezug zur Bundestagswahl im September

Ich habe ein Riesenproblem, ich weiß nicht, wen ich wählen soll. Es scheint zu viele „Vergessliche“ zu geben, die man nicht wählen kann, denn sie könnten vergessen, warum sie gewählt wurden. Der scheinheilige SPDler, die grüne Himmelsstürmerin oder der, der uns täglich ins Corona-Gewissen spricht, – wenn es um ihr Geld geht, sind sie so vergesslich, dass man sie fast bedauern könnte. Wären wir so vergesslich, hieße es glatt, wir betrügen den Staat; so gesehen ist vergessen besser, aber leider nicht wählbar. Hoffentlich vergessen wir Bürger nicht, wie diese geldgierigen Damen und Herren uns vergackeiert haben.

Heinz Müller, Dillingen

**Saarbrücker Zeitung**  
UNABHÄNGIG - ÜBERPARTEILICH

**IMPRESSUM**

**Chefredakteur:**  
Peter Stefan Herbst  
**Stellvertretender Chefredakteur:**  
Thomas Roth  
**Chefredaktion:**  
Ulrich Brenner, Oliver Schwambach  
Alexander Houben (CvD), Oliver Spettel (komm. CvD)

**Geschäftsführung:**  
Thomas Deicke (Sprecher)  
Thomas Marx  
Christian Erhorn  
**Vertriebsleitung:**  
Marc Hartmann  
**Anzeigenleitung:**  
Daniela Groß

Art-Director: Robby Lorenz, Politik/Nachrichten/Wirtschaft: Ulrich Brenner (Leiter), Volker Meyer zu Tittingdorf (Stellv.), Landespolitik/Region/Kultur: Oliver Schwambach (Leiter), Dietmar Klostermann (Stellv.), Sport: Mark Weishaupt (Leiter), Kai Klankert (Stellv.), Motor/Reise/Spezialthemen: Peter Bylda (Leiter), Martin Lindemann, Thomas Reinhardt (Beide Stellv.), Chefreporter: Michael Jungmann, Reporter Recht: Wolfgang Ihl, Reporter: Cathrin Ells-Seringhaus, Dr. Tobias Fuchs, Hélène Maillason, Chefkorrespondent Landespolitik: Dr. Daniel Kirch, Leserbrieff: Oliver Spettel, Foto: Daniela Hussong, Regionalredaktion Mitte: Dr. Ilka Desgranges (Leiterin), Martin Rolschhausen (Stellv.) für die Lokalausgabe Regionalverband Saarbrücken, Regionalredaktion West: Mathias Winters (Leiter), Christian Beckinger (komm. Stellv.) für die Lokalausgaben Landkreis Saarlouis und Merzig-Wadern, Regionalredaktion Ost: Volker Fuchs (Leiter), Peter Neuhäsel (Stellv.) für die Lokalausgaben Homburg, St. Ingbert, Neunkirchen und St. Wendel, Berliner Büro: Werner Kolhoff (Leiter), Hagen Strauß, Stefan Vetter. Verantwortlich für jedes Ressort sind die jeweils Erstgenannten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr.

Druck und Verlag: Saarbrücker Zeitung, Verlag und Druckerei GmbH, 66103 Saarbrücken, Gutenbergstr. 11-23, Tel.: (06 81) 502-0; Saar-LB IBAN DE11 5905 0000 0007 0070 08, BIC SALADE55XXX, Postverlagsort Saarbrücken. Erscheint täglich außer sonntags. Bezugspreis inkl. Zustellung 43,90 € bei monatlicher Zahlung, bei Postbezug 50,30 €; Postbezug Ausland 72,90 € (im Inland einschli. 7 % MwSt.). Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Abbestellungen nur schriftlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Leistung. Gewerbliche Anzeigen laut Preisliste Nr. 69 ab 1. Januar 2021. Für private Gelegenheitsanzeigen gilt die Preisliste Nr. 25 ab 1. Januar 2021. Briefadresse der Redaktion, der verantwortlichen Redakteure und der Verantwortlichen für den Anzeigentel: Gutenbergstr. 11-23, 66103 Saarbrücken.  
[www.saarbruecker-zeitung.de](http://www.saarbruecker-zeitung.de); [www.s01.de](http://www.s01.de)  
**Abo-Service:** (06 81) 502 502.  
**Privatanzagen:** (06 81) 502 503.  
**Redaktion:** (06 81) 502 504

**Leserbrieffe:** Leserbrieffe mit strafbarem Inhalt veröffentlichten wir nicht. Gleiches gilt für anonyme oder fingierte Brieffe sowie beleidigende Texte. Die Angabe von Anschrift und Telefonnummer ist Voraussetzung für den Abdruck eines Leserbriefes, zu dem wir aber nicht verpflichtet sind. Die Redaktion weist darauf hin, dass der Inhalt der Leserbrieffe die Ansicht der Einsender wiedergibt. Leserbrieffe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Die Redaktion trägt die presserechtliche, aber nicht die inhaltliche Verantwortung für veröffentlichte Zuschriften. Damit ein möglichst großer Leserkreis zu Wort kommen kann, müssen Zuschriften gekürzt werden. Leserbrieffe von politischen Funktionsträgern und offiziellen Stellen veröffentlichten wir nicht. Gleiches gilt für Vereins-, Verbands- oder Unternehmensvertreter, die sich in eigener Sache zu Wort melden. Im Falle der Veröffentlichung des Leserbriefes weisen wir am Beitrag den Klarnamen sowie den Wohnort des Einsenders aus. Leserbrief-Redaktion: Telefon: (06 81) 5 02 20 41, Fax: (06 81) 5 02 20 79, E-Mail: [leserbrieff@sz-sb.de](mailto:leserbrieff@sz-sb.de), Verantwortlich: Oliver Spettel